

Willenserklärung

der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums

von Verbänden e.V. vom 3. Oktober 2018

Wir, die Teilnehmer der Protestveranstaltung aus Anlass des „Tages der deutschen Einheit“ haben uns versammelt, um unser Engagement für Frieden, Menschenrechte, Antifaschismus und Solidarität zu bekunden. Wir fordern die

Bundesländern gemäß Grundgesetz umzusetzen. Insbesondere halten wir die Einhaltung des Versprechens der Kanzlerin zur sofortigen Angleichung des Lohn- und Rentniveaus in Ost an West für erforderlich.



Foto R. Denner

Bundesregierung auf, Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ tatsächlich zur Grundlage ihrer Politik zu machen.

Auch nach der Bundestagswahl im September 2017 wird die Politik des Sozialabbaus, der Verteilung des Reichtums zu Gunsten der oberen Schichten, die weltweite Beteiligung an Kriegen und die Faschisierung der Gesellschaft fortgeführt. Für die unteren Schichten und insbesondere großer Teile der ost-deutschen Bevölkerung haben sich achtundzwanzig Jahre nach dem Beitritt und sieben sogenannten freien Wahlen keine wesentlichen Verbesserungen ihrer Lebenslage ergeben. Löhne und Renten im Osten erreichen nach wie vor nicht das Niveau derer in den westlichen Bundesländern. Die Anzahl der Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfänger, Teilzeitarbeiter ist ständig gestiegen. In einem der reichsten Länder der Welt wird einer steigenden Anzahl von Menschen nur durch Almosen ein Leben am Existenzminimum gewährt. **Wir fordern die Regierung auf, ihre Ankündigungen zum Stopp des Sozialabbaus und zur Angleichung der Lebensverhältnisse in allen**

Mit besonderer Besorgnis stellen wir fest, dass neofaschistische Umtriebe nicht nur zunehmen, sondern durch die Staatsmacht toleriert werden. Verbrechen der Neofaschisten werden durch die Staatsorgane vertuscht, Untersuchungsausschüsse beschäftigen sich mit sich selbst, die Justiz ist auf dem rechten Auge blind. **Wir fordern konsequentere Maßnahmen der Regierung gegen jede Erscheinung von Rassismus, der Volksverhetzung und des Neofaschismus.**

Mit Empörung stellen wir fest, dass die Bundesregierung deutsche Soldaten weltweit für die Interessen des Kapitals einsetzt und Waffenexporte in Krisengebiete bedeutend erhöht. **Wir fordern die Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und den Stopp aller Rüstungsexporte. Wir fordern friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland.**

Wir stellen fest, dass die Krise des kapitalistischen Systems immer breiter um sich greift. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es zwar noch gelungen, wesentliche Krisenerscheinungen von Deutschland im Interesse des deutschen

Kapitals fern zu halten. Demgegenüber sind die von ihr in hohem Grade zu verantwortenden Krisenerscheinungen in den südlichen Ländern Europas verheerend. **Wir fordern die Beendigung dieser Krisenpolitik und stattdessen Solidarität mit allen von der Krise betroffenen Menschen in allen Ländern.** Die Durchsetzung dieser Ziele erfordert die nationale und internationale Einheit aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte. **Wir setzen uns für Bündnisse aller linken Parteien und fortschrittlichen Kräfte ein und unterstützen aktiv gemeinsame Aktionen.**

*

Die Alternative Einheitsfeier 2018

Am 3.10.2018 fand die 12. Alternative Einheitsfeier im Bürgerhaus Neuenhagen statt.

Rund 500 Plätze, eine große Bühne, moderne Veranstaltungstechnik, Flügel, und Gastronomie, standen zur Verfügung.

Die Künstler Isabel Neuenfeldt, Erich Schaffner und sein Pianist Georg Klemp haben durch ihr aktuelles Programm, vorrangig aus Ernst-Busch-Liedern Emotionen geweckt. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen.

Die Reden zum Artikel 1 des GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sind bei den vielen Gästen des augenscheinlich vollen Saales sehr gut angekommen.

Aussagen, wie „kurze prägnante Reden“, „eindrucksvoll“, „die sozialen, persönlich erlebten Verwerfungen sind zugleich Einzelfall als auch Schicksal sehr Vieler im Osten“ bestätigen das.

Die Überzeugungskraft, mit der die Veranstaltung auf unsere Gäste wirkte, unterstreicht die Aussage eines langjährigen Teilnehmers aus den Verbänden des OKV: „Es war eine der besten Alternativen Einheitsfeiern“.

Ich bin überzeugt, dass dieser Eindruck Nachwirkungen erzielt hat und sich auf die Vorbestellungen der Karten für die Veranstaltungen der kommenden Jahre auswirken wird.

Mit verschiedenen Gästen wurden gute wichtige Kontakte geknüpft.

Vertreter des Vorstandes des russischen Verbandes der Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges nahmen teil und wir konnten nach der Veranstaltung uns noch einige Stunden gedanklich austauschen. Dabei stellten wir völlige Übereinstimmung in der Einschätzung der Lage und in den Erfordernissen des Handelns für den Frieden fest.

Mit weiteren englischen, französischen und deutschen gleichgesinnten Gästen, die als Vertreter von Verbänden bzw. als Einzelpersonlichkeiten erstmalig bei uns teilnahmen, wurde vereinbart, die Zusammenarbeit auszubauen.

Natürlich hat diese Alternative Einheitsfeier mit diesem Thema Bezüge zur Rechtssatzbeschwerde gegeben, ohne Bekanntes zu wiederholen. Offenbar zeigte das Auswirkungen auf die Spenden für die Rechtssatzbeschwerde.

Joachim Bonatz

*

Aus der Arbeit des Vorstandes

Ange­sichts der langen und schweren Erkrankung von Manfred Volland beschloss der Vorstand, seine Mitgliedschaft im Vorstand ruhen zu lassen. Der Vorstand würdigte die großen Verdienste von Generalltn. a. D. Manfred Volland, der seine reichen politischen Erfahrungen als leitender Politoffizier der NVA in die Vorstandsarbeit eingebracht hat. Besonders hervorzuheben ist sein maßgeblicher Anteil an der Erarbeitung des Appells und der Broschüre „Soldaten für den Frieden“.

Wolfgang Schmidt berichtete über ein überraschend offenes und sachliches Gespräch mit dem Bundesbeauftragten der „Stasi-Unterlagen“, Roland Jahn am 19. 10. 2018, an dem neben ihm Hans Bauer, Karl Rehbaum und Dr. Reinhard Grimmer als Vertreter der GRH teilgenommen

hatten. Ausgangspunkt des Gesprächs waren 21 Fragen, die von der GRH an Herrn Jahn zur Tätigkeit seiner Behörde übersandt worden waren. Die Öffentlichkeit und selbstverständlich auch die Mitglieder der ISOR sollen in einer zu erarbeitenden Broschüre darüber ausführlich informiert werden.

Prof. Horst Bischoff berichtete über erste Erkenntnisse zum Inhalt der „Abschließenden Bemerkungen“ des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen zum Staatenbericht Deutschlands. Die von der GBM als Nichtregierungsorganisation vorgebrachten Kritiken zur rentenrechtlichen Diskriminierung Ostdeutscher wurden offenbar nicht aufgegriffen. Positiv ist dagegen zu verzeichnen, dass der zuständige Ausschuss Deutschland darin bestärkt, das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt baldigst zu ratifizieren und der Koalitionsvertrag ein solches

Vorhaben enthalten soll. Damit wären Individualklagen gegen die Verletzung sozialer Rechte bei der UNO möglich.

Der Geschäftsführer berichtete über die Entwicklung der Mitgliederbewegung ausgehend von den Ergebnissen der periodischen Berichterstattung der TIG für den Zeitraum April bis September 2018. Danach hat sich die Zahl der Mitglieder auf 9.858 verringert. Im Berichtszeitraum sind 173 Mitglieder verstorben, 305 ausgetreten und 15 neu aufgenommen worden. Zu beachten ist, dass ein großer Teil der Austritte aus Alters- und Gesundheitsgründen erklärt wurde, oftmals verbunden mit einem ausdrücklichen Dank für alles, was ISOR geleistet hat. Zwei kleinere TIG wurden aufgelöst. Die verbleibenden Mitglieder haben sich größeren TIG in der Umgebung angeschlossen.

Erklärung von Hans Bauer, Vorsitzender der GRH e.V. und Vizepräsident des OKV e.V.,
und Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Schlüsse für den antifaschistischen Kampf nach den Geschehnissen in Chemnitz

Wir erleben in diesen Wochen, dass tausende Menschen aus moralischer Empörung auf die Straße gehen. Menschen gingen in Chemnitz auf die Straße, um des jungen Mannes Daniel H. zu gedenken, der vermutlich durch Geflüchtete getötet wurde. Menschen gingen wiederum auf die Straße, um gegen Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus zu demonstrieren, der bei den Gedenkveranstaltungen zum Ausdruck kam – sei es durch Transparente und Parolen oder Übergriffe auf vermeintliche Migranten oder Geflüchtete.

Moralische Empörung als Antrieb für politisches Handeln ist legitim. Moralische Empörung als einziger Antrieb zum politischen Handeln läuft allerdings Gefahr, für die Interessen der Herrschenden ausnutzbar zu sein. Der NATO-Überfall auf Jugoslawien und der damit einhergehende erste Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach 1945 hat für antifaschistische Kräfte in diesem Land gezeigt, dass die (westdeutschen) Eliten, die Monopole und ihre politischen Vollstrecker, bereit sind, unter Missbrauch der Losung „Nie wieder Auschwitz!“ mit dem antifaschistischen Nachkriegskonsens zu brechen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Diese Erfahrung in der jüngsten Geschichte kann nicht ignoriert werden, wenn wir die Geschehnisse der letzten Wochen einordnen und verstehen wollen.

In diesem Sinne geht mit der berechtigten moralischen Empörung in Teilen Bevölkerung auch eine Demagogie und Heuchelei in der herrschenden Politik und den Medien einher, die versucht, die Empörung einzubinden für die Interessen der Herrschenden in diesem Land – leider mit Erfolg.

So ist es Heuchelei und Demagogie, wenn die AfD und andere reaktionäre Kräfte, Gewalt durch Geflüchtete missbrauchen, um Geflüchtete oder Migranten zur Ursache jeglicher sozialen und politischen Missstände hierzulande zu erklären.

Gleichzeitig ist es aber auch Heuchelei und Demagogie, Merkels Flüchtlings- und Migrationspolitik als humanitär zu verklären. Ziel und Zweck ihrer Regierungspolitik ist es, den 2015 zwischenzeitlich stark anwachsenden Zuzug von Geflüchteten, aber auch Migranten aus der EU, zu nutzen,

- um dem deutschen Kapital billige Arbeitskräfte zur optimalen Ausbeutung zur Verfügung zu stellen.

- um Länder wie Syrien, die sich den Interessen der NATO-Staaten nicht unterwerfen, neben Krieg und Sanktionen durch die Abwerbung von Fachkräften zu schwächen.

Flucht und Migration sind kein Naturgesetz, sondern aktuell vor allem das Ergebnis einer Politik der imperialistischen Staaten, um andere Länder durch Sanktionen, Freihandelsabkommen und Kriege zu unterwerfen. Diese neokolonialistische Politik treibt die Bundesregierung aktiv voran und reiht sich ein in die NATO-Front gegen Länder wie Russland und China, die das ökonomische, politische und militärische Potenzial haben, diesem Weltmachtstreben Grenzen zu setzen. Die Merkel-Regierung ist somit ein Fluchtverursacher, gegen die der Hauptstoß einer antifaschistischen Friedenspolitik gerichtet sein muss.

Ausweitung des Niedriglohns, Lohndumping, Wohnungsmangel vor allem in den Metropolen und weitere Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und breiten Bevölkerungsteilen sind durch die Profitinteressen der Konzerne in diesem Land verursacht. Sie sind eine Erfahrung der Werktätigen seit mehreren Jahrzehnten und drücken sich in einer unübersehbaren Verelendung breiter Bevölkerungsteile aus. Wer aber verschweigt, dass Geflüchtete und Migranten missbraucht werden, um den Klassenkampf der Reichen gegen die Armen in diesem Land zu verschärfen, erzeugt – gewollt oder nicht – ein politisches Va-

kuum, in dem reaktionäre Kräfte ihre soziale und nationale Demagogie entfalten können. Die Folge dessen ist eine immer tiefergehende Spaltung der Werktätigen, während die Reichen bzw. ihre politischen Eliten ihre Kriege und ihre sozialen Raubzüge ungehindert fortführen können.

Der Tod von Menschen wie in Chemnitz, Köthen oder anderswo ist tragisch und Empörung ist berechtigt. Dabei ist es falsch, den Rassismus und Nationalismus zu ignorieren oder zu tolerieren, der bei den Kundgebungen und Demonstrationen zum Ausdruck kam. Genauso falsch ist es, alle Menschen, die in Chemnitz auf die Straße gegangen sind, als Faschisten abzustempeln. Eine solche Herangehensweise widerspricht nicht nur einem humanistisch-antifaschistischen Menschenbild, sondern läuft in eine Sackgasse politischer Handlungsunfähigkeit für antifaschistische Kräfte in diesem Land.

Demgegenüber halten wir es für dringend notwendig, folgende Schlüsse für den antifaschistischen Kampf aus den Geschehnissen der letzten Wochen zu ziehen:

Die Wut, die Menschen Chemnitz auf die Straße getragen haben, ist nicht auf Rassismus zu reduzieren. Die Grundlagen dieser Wut, ist ein kapitalistisches System, dass sie seit der Konterrevolution in der DDR in sozialer und politischer Hinsicht zu Menschen zweiter Klasse abgestempelt hat. Die Menschen auf dem Gebiet der DDR mussten dabei nicht nur einfach massive soziale Einbußen und Verarmung wie in anderen Gebieten Deutschlands hinnehmen – sie wurden darüber hinaus ihrer Heimat beraubt, die bis heute durch die (westdeutschen) Eliten verteufelt wird. Antifaschistische Kräfte haben demnach mehr denn je die Aufgabe, gegen die soziale und politische Benachteiligung der Menschen im Osten zu kämpfen und das antifaschistische Erbe der Deutschen Demokratischen Republik zu verteidigen.

Wo antifaschistische und fortschrittliche Kräfte nicht bereit sind, Verursacher von Flucht, Migration, verschärfter Ausbeutung und Kriegen

zu benennen – die Monopole in diesem Land und die imperialistischen Länder unter Führung der USA im Weltmaßstab – nutzen reaktionäre Kräfte diese Spielräume. So nutzt einerseits die AfD die Wut der Menschen aus, um gegen Geflüchtete zu hetzen. Gleichzeitig bekennt sich die AfD zu Aufrüstung und NATO – also dem Fluchtverursacher Nr. 1 auf der Welt. Andererseits nutzen die Parteien der Großen Koalition bis zu den Grünen die Empörung der Menschen über Rassismus aus, indem sie einen politischen Popanz um die Entlassung des Verfassungsschutzchef aufführen, während der Verteidigungshaushalt zur Aufrüstung gegen Russland um 4 Milliarden Euro erhöht wird und SPD-Finanzminister Scholz von der versprochenen Besteuerung von Internetkonzernen wie Apple oder Google absieht.

Es ist Heuchelei, wenn die Eliten in der Politik im Dienste der Monopole sich moralisch und/oder politisch über die Menschen in Chemnitz und anderswo zu empören. Denn wer sowohl beständig den Antifaschismus der Deutschen Demokratischen Republik als lediglich „verordnet“ denunziert, und damit die antifaschistische Einstellung ihrer Bürgerinnen und Bürger leugnet und verunglimpft, und wer selbst mit massiver Unterstützung deutscher Geheimdienste Nazi-Terrorstrukturen wie den NSU aufgebaut hat, und wer Kriege gegen andere Länder führt und deutsche Soldaten nach 1945 wieder an der russischen Grenze auflaufen lässt, steht im antifaschistischen Kampf auf der anderen Seite der Barrikade. Nur gegen diese Politik der Monopole und für die Interessen der Werktätigen können die antifaschistischen Kräfte in Deutschland ihrer Aufgabe und Verantwortung gerecht werden. Der Schwur von Buchenwald bleibt unsere Losung: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

*

Fliegerehrenmal in Syhra

Nachdem am 01.09.2018 das sanierte Fliegerehrenmal in Syhra in Anwesenheit zahlreicher Personen aus vielen Regionen Deutschlands feierlich wiedereingeweiht wurde (Bericht in **ISOR aktuell** 9/18), trafen sich am 19.10.2018 an gleicher Stelle Mitglieder des Ortsverbandes Geithain der Partei Die Linke, ISOR Mitglieder und Bürger aus der Region, um an den 52. Jahrestag des Absturzes der beiden sowjetischen Piloten Oberst Schandakow und Major Wladimirow zu erinnern.

Nach Einlassung der vorgefundenen Hülse mit Originaldokumenten aus dem Jahr 1967, ergänzt mit aktuellen Beiträgen und Bildern wurde der Schlussstein in das Denkmal eingesetzt.

Auch in Zukunft soll das Ehrenmal Stätte der Erinnerung und Begegnung sein, nachdem es gelungen ist, Kontakte mit den Angehörigen der Flieger herzustellen bzw. zu aktivieren.

In seiner Rede würdigte der Vorsitzende des Ortsverbandes Geithain der Partei DIE

LINKE, Bernd Gnant, nochmals die Heldentat der sowjetischen Flieger. Er legte dar, dass die



Foto: Reinhard Froberg

Piloten Angehörige einer Armee waren, die die Hauptlast bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Zweiten Weltkrieg trug und danach gemeinsam mit den Bruderarmeen im Warschauer Vertrag eine entscheidende Rolle bei der Sicherung des Weltfriedens spielte. Dabei bezog sich der Redner auf den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ aus dem Jahr 2015.

Weil der Weltfrieden durch die enorme Hochrüstung der NATO, ihr Vorrücken an die Grenzen Russlands und die Propagierung des Feindbildes Russland gefährdet ist wie nie zuvor seit dem 2. Weltkrieg, forderten die Teilnehmer dieser Gedenk- und Friedenskundgebung von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter anderem:

- Beenden Sie die Militarisierung der Europäischen Union!
- Fordern Sie von den USA, die Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen und beenden Sie die unsägliche Hörigkeit gegenüber den USA!
- Kürzen Sie die Rüstungsausgaben und setzen Sie die freiwerdenden Mittel besonders für die Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut und des Bildungsnotstandes

in Deutschland sowie für die friedliche Lösung der vor der Menschheit stehenden Probleme ein!

*

Wolgograd – Eine Stadt gegen das Vergessen.

Anlässlich des 75. Jahrestags des Sieges der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad folgte der Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM mit fast 40 Mitgliedern der Vereine GBM, GRH, Rotfuchs und ISOR einer Einladung des Oberbürgermeisters von Wolgograd, Andrej Kosolapow, zu einem mehrtägigen Besuch der Stadt.

Das Interesse unserer Mitglieder war sehr groß. Die Erinnerung an die Schlacht vor 75 Jahren ist gerade jetzt gegenwärtig. Von unseren Politikern in Deutschland wird nur selten an die Geschichte erinnert. Aber die Teilnehmer unserer Reise waren der Meinung, ohne die Geschichte ist keine Zukunft vorstellbar. Deshalb kann es nur eine Alternative geben: Rückkehr zum Kalten Krieg oder gute Nachbarschaft zwischen Russland und Deutschland. Wir erinnern uns noch an die guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR. Diese waren als Staatspolitik in der Verfassung der DDR verankert. Dazu gehörten die Städtepartnerschaften, die wissenschaftlichen, sportlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, Freundschaftszüge der Jugend und Studienaufenthalte. Viele junge Bürger der DDR haben an der Baikal-Amur-Magistrale in Sibirien oder der Erdgasstrasse „Sojus“ gearbeitet. Es entstanden Freundschaften und menschliche Kontakte, die heute noch gepflegt werden.

Mit diesem Besuch in Wolgograd wollten wir auch die Bundesregierung daran erinnern, dass am 9. November 1990 in Bonn ein Vertrag von Helmut Kohl und Michael Gorbatschow unterzeichnet wurde, in dem beide Staaten versicherten, durch Verständigung und Versöhnung einen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas und für eine dauerhafte und gerechte europäische Friedensordnung und Sicherheit zu leisten. Dieser Vertrag ist immer noch in Kraft. Aber die Tatsachen sehen anders aus.

Russland sieht sich von Deutschland und der NATO bedroht. Deutsche Soldaten stehen an der russischen Grenze. Eine komplette Panzerbrigade wurde von Colorado/USA durch Deutschland in Richtung Osteuropa an die russische Grenze verlegt. Statt guter nachbarschaftlicher Beziehungen, Versöhnung und Verständigung erleben wir einen Krieg der Worte und Sanktionen.

In Wolgograd besuchten wir die wichtigsten Sehenswürdigkeiten. Fast jeder Ort der Stadt, von der Allee der Helden, dem Mamajew-Hügel, dem Soldatenfriedhof Rossoschka bis zur Straße der Roten Armee hält die Geschichte die Stadt wach. Auf dem zentralen Platz der gefallenen Kämpfer der Roten Armee - umgeben von Gebäuden des sozialistischen Klassizismus - legte unsere Gruppe gemeinsam mit Vertretern der Duma Wolgograds ein Blumengebinde nieder. Begleitet von den Klängen der „Träumerei“

des deutschen Komponisten Robert Schumann betraten wir den Mamajew-Hügel, das meistbesuchte Denkmal in Russland. Tief bewegt ehrten wir die gefallenen Helden der Roten Armee mit einem Rosenbukett. Diese Gedenkstätte ist das Werk des berühmten sowjetischen Bildhauers Sergej Wutetschitschs, der auch das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow schuf. Schon kilometerweit sieht man die gigantische Frauenfigur mit dem erhobenen Schwert. „Mutter Heimat ruft“. Eine der größten Statuen der Welt.

Auf der Wolga unternahmen wir eine Bootsfahrt. Von hier aus hatten wir einen herrlichen Blick auf die Stadt beidseits der Wolga, unter anderem auf das für die FIFA-Weltmeisterschaften 2018 gebaute Stadion.

Unmittelbar an der Uferpromenade liegt das Panorama-Museum der Schlacht um Stalingrad. Unser Besuch veranschaulichte uns, dass diese Schlacht bei den Bewohnern bis heute tiefe Spuren hinterlassen hat.

Von den zahlreichen Bildungseinrichtungen Wolgograds haben wir das städtische Kinder- und Jugendzentrum besucht. Empfangen wurden wir von einer 83-jährigen Veteranin, die schon viele Jahre den „Club der Völkerfreundschaft“ der Kinder leitet. Mit Begeisterung sprach sie von den langjährigen Kontakten mit der Partnerstadt Karl-Marx-Stadt. In der Aula dieses ehemaligen Pionierpalastes Einrichtung fand ein Treffen mit dem Oberbürgermeister der Stadt, Abgeordneten der Stadtduma, dem Vorsitzenden der Friedensstiftung sowie Kriegsveteranen und Kindern und Jugendlichen statt.



In den Gesprächen mit hochrangigen Offizieren erfuhren wir, dass einige in der Schlacht um Berlin gekämpft und danach noch einige Jahre in Karlshorst gedient hatten. Dabei brachten sie zum Ausdruck, nicht gegen das deutsche Volk gekämpft zu haben, sondern gegen den Faschismus. Großes Interesse bekundeten die Abgeordneten der Duma zur Aufnahme neuer und die Vertiefung vorhandener Beziehungen in allen Bereichen des Lebens.

Der bekannte Maler und Grafiker Ronald Paris stiftete für dieses Treffen mehrere Lithografien und einen Katalog seiner Bilder mit persönlicher Widmung.

Der Aufenthalt der Gruppe endete mit einem Besuch des Theaters der Don-Kosaken. Als Ausdruck der Herzlichkeit ließ es sich der Direktor des Theater nicht nehmen, unsere Gruppe mit Kosakenliedern zu empfangen. Das erinnerte uns an unseren Aufenthalt im Kosakendorf bei Wolgograd, das wir tags zuvor besuchten und das Leben der Kosaken mit viel Spaß, Speis und Trank kennenlernten.

Die aufrichtige Haltung uns gegenüber, die Herzlichkeit und das Interesse an der Fortführung unserer Beziehungen war für alle Teilnehmer der Reise bewegend. Wir wollen mit den Vertretern der Stadt weiter in Verbindung bleiben.

Die nächste Flugreise im Juni 2019 ist bereits geplant; Anmeldungen werden jetzt schon entgegengenommen.

Aus einem Bericht von
Gisbert Graff und Hans-Günter Schleif

*

Ruf vom Mamajew-Kurgan in Wolgograd

Geht hin und schweig.
Hört die Musik des Deutschen Robert
Schumann.

An einem Ort, der blutgetränkt ist.
Gut, dass Deutsche in guter Absicht
hier gelitten sind.

Sie sollten es bedenken.
In ihrer Heimat könnten sie dafür
sorgen, dass einige Hitzköpfe
das Denken vor dem Sprechen
einschalten.

w.k.



Es ist zu begrüßen, dass der Gründungsaufwurf der Sammlungsbewegung „aufstehen“ mit dem Standpunkt unseres Vorstandes den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, Diskussion und letztlich zur Beteiligung vorgelegt wird. Es ist heute dringender denn je notwendig, alle linksgerichteten, antikapitalistischen und friedliebenden Kräfte zu einem einheitlichen Handeln zusammenzuführen. Erkennbar wird im Aufruf die Stoßrichtung, mit massivem außerparlamentarischem Druck auf die Legislative einzuwirken, um letztendlich die Politik gerechter und friedlicher zu machen. Insofern kann sich jeder, der diese Ziele sein Eigen nennt, dort, wo er politisch oder gesellschaftlich aktiv ist mit ganzer Kraft für die Grundsätze der Sammlungsbewegung einsetzen.

Auch ich unterstütze diesen Aufruf. Er trägt unverkennbar die Handschrift des linken Sozialdemokraten Oscar Lafontaine, den ich schätze. Man darf aber nicht bei kosmetischen Korrekturen am heute vorherrschenden Wirtschaftssystem stehen bleiben, weil die rücksichtslose Jagd nach Maximalprofit, die nur mit gnadenlosem Konkurrenzkampf erreichbar ist, immer wieder Unmenschlichkeit in allen Richtungen gebiert. Man muss letztlich auf den Ausgangspunkt jeglicher wirklich linker Politik, die Eigentumsfrage, zurückkommen.

Zudem sollte man auch auf die Schattenseiten der „Friedens- und Entspannungspolitik Willy Brandts und Egon Bahrs“ verweisen.

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 28. Januar 1972 den „Radikalenerlass“, mit dem aus bloßen Ansichten und Verhaltensweisen abgeleitet, eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst untersagt wurde. Man grenzte damit Menschen aus, die eine wirkliche Veränderung der Politik im Interesse der Ausbeuteten anstrebten.

Egon Bahr war Leiter des Presse- und Informationsamtes unter dem Bürgermeister der selbständigen politischen Einheit Westberlin Brandt, als er 1963 in einem Vortrag an der Evangelischen Akademie Tutzing die Notwendigkeit der Politik des „Wandels durch Annäherung“ durch die bundesdeutsche Regierung erläuterte. Sie ergab sich daraus, dass die Politik der Konfrontation nicht zur Beseitigung des Sozialismus geführt hatte denn, so seine Worte, „unsere Welt ist die bessere“. Unser Außenminister Otto Winzer charakterisierte diese Politik treffend als „Konterrevolution auf Filzlatzchen“, weil sie die Beseitigung des „kommunistischen Regimes“ in der DDR zum

Ziel hatte, also einer Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt war und Frieden zur Staatsdoktrin erhoben wurde.

Bernd Gnant

*

Am 28.9.2018 trafen sich in der Potsdamer Urania am Bassinplatz (Holländer-Viertel) gut 100 Sympathisanten von der linken Sammlungsbewegung AUFSTEHEN. Frauen, Männer, Junge, Ältere, Atheisten, Christen, Sozialisten, Kommunisten, Grüne, Sozialdemokraten, Pazifisten aus Potsdam, Brandenburg/Havel, Teltow, Kleinmachnow, Eberswalde und weiteren Orten waren gekommen. Moderiert wurde diese lebendige Veranstaltung durch Harald Neuber aus Potsdam und Constantin Braun (Mitarbeiter des MdB Fabio de Masi). Zuerst erhoben sich nacheinander alle Teilnehmer, nannten ihren Namen und sagten ganz kurz, weshalb sie AUFSTEGHEN unterstützen. Die häufigste Begründung lautete: „Ich stehe auf für Frieden und soziale Gerechtigkeit“.

Die Moderatoren gaben Informationen zum Stand der Bewegung, zum Strukturaufbau, zu geplanten Aktionen, zur Vernetzung, zum Rahmen (Gründungsaufwurf), zur Basisverbundenheit.

Danach entwickelte sich eine lebhaft, aufgeschlossene, sachliche Diskussion, an der sich etwa vierzig Personen beteiligten. Viele Wortmeldungen waren verbunden mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung dieser Bewegung und mit Angeboten zum eigenen Mittun.

Nach dem offiziellen Abschluss der Veranstaltung trafen sich zwanglos mehrere Gruppen, um sich kennenzulernen und über gemeinsame Vorhaben und Aktionen zu sprechen. So bot zum Beispiel die Pfarrerin Hildegard Rugenstein die Französische Kirche als einen Veranstaltungsort an. Dr. Dittmar Zengerling empfahl den Bürgertreff in der Waldstadt als Treffpunkt für AUFSTEHEN. Bernd Lachmann (Stellvertreter der Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE in Potsdam-Mittelmark) kündigte die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft FRIEDEN an. Der Ingenieur Dr. Klaus Erenkamp empfahl, die seit vier Jahren stattfindenden Potsdamer Montagskundgebungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu beachten und zu nutzen für AUFSTEHEN.

Es wäre gut, wenn die Medien dem Thema AUFSTEHEN die gebührende Aufmerksamkeit entgegenbringen würden.

Horst Jäkel

*

Der Vorstand der **TIG Magdeburg** dankt allen Mitgliedern, die uns weiterhin die Treue halten und auch künftig sich mit unseren Zielen und gesellschaftlichen Aktivitäten identifizieren. Leider kann ein Großteil von ihnen aus gesundheitlichen oder Altersgründen am aktiven Vereinsleben nicht mehr teilnehmen. Wir bedauern den Austritt aus ISOR nach der Entscheidung des BVerfG vom Dezember vergangenen Jahres von jenen Mitgliedern, die im Kampf um Renten- und soziale Gerechtigkeit resigniert oder eine gleichgültige und auch veränderte für uns enttäuschende politische Haltung gezeigt haben. Argumente zum Verbleib in ISOR wurden nicht akzeptiert. Diese Mitglieder haben auch selten oder nie am Vereinsleben teilnehmen wollen. Es blieb für jene leider nur übrig zu sagen „Reisende soll man nicht aufhalten“, wobei deren politisches Reiseziel nicht unser ist. Diese Situation ist sicherlich nicht nur typisch für unsere TIG.

Der TIG-Vorstand hat mit den verbliebenen Mitgliedern zum Jahresbeginn beschlossen: „Trotz alledem, wir machen weiter!“. Es sagt und schreibt sich so leicht. Die Frage ist das WIE die ehrenamtliche Arbeit bei den verbliebenen Aktiven aufteilen, die immer weniger werden. Wehe, einer fällt von denen aus gesundheitlichen Gründen aus. Unser Vorstand tagt regelmäßig und die Planungsabläufe sind realistisch und dem körperlichen Einsatz der wenigen Aktiven annähernd angepasst. Bisher hat jedes Mitglied die monatliche Ausgabe von **ISOR aktuell** oder unsere quartalsmäßigen TIG-Nachrichten entweder direkt vom Gruppenbetreuer oder auf dem Postweg erhalten.

Auf unseren halbjährlichen Mitgliederversammlungen waren in diesem Jahr die Themen „Pflege im Alter“ und die aktuelle Situation innerhalb der Partei DIE LINKE. Zum erst genannten Thema hatten wir als Referentin eine sachkundige Mitarbeiterin der „Gesellschaft für Prävention im Alter“ gewonnen. Nach kurzer gewünschter Einführung zum Thema hat sie auf alle zahlreichen Fragen und Probleme eine verständliche Antwort gefunden, gab Hinweise, an welche Behörden sich die Betroffenen oder ihre Verwandten wenden können und war auch bereit für zukünftige Einzelkonsultationen.

Ein kompetentes Mitglied der kommunistischen Plattform innerhalb der Partei DIE LINKE erläuterte die aktuelle Lage in seiner Partei mit ihren zahlreichen innerparteilichen Zusammenschlüssen, Bundesarbeitsgruppen, Arbeitsgemeinschaften u.a., die sowohl parteilich eigene als auch gemeinschaftliche Interessen vertreten. Klar wurde von dem Referenten herausgestellt, dass diese Partei die einzige Friedenspartei und Interessenvertreterin für soziale Gerechtigkeit in Deutschland ist. Der Hauptgegner für die etablierten bürgerlichen Parteien einschließlich SPD mit ihren Machtin-

strumenten sind nicht AfD, PEGIDA und andere zahlreiche rechtsradikale Gruppierungen, sondern die LINKEN. Das fand zustimmende Meinung, obwohl auch manche kritischen Bemerkungen zum Verhalten einzelner Funktionäre der LINKEN in der Öffentlichkeit fielen.

Der Vorstand wie auch die Anwesenden auf den Mitgliederversammlungen zogen eine positive Bilanz der Themenauswahl.

Auf Anfrage von Mitgliedern über die finanzielle Verwendung des monatlichen Beitrages haben wir eine detaillierte Antwort in einer unserer TIG-Info gegeben mit der Bemerkung, dass unser Mitgliedsbeitrag seit ca. 20 Jahren unverändert geblieben ist. Das grenzt schon an Einmaligkeit im Vergleich mit Sport- oder anderen Sozialverbänden. Unserem Verein wurde nie der Status als gemeinnützig anerkannt. Deshalb muss ISOR erhebliche Steuern zahlen, über dessen Verwendungszweck leider keine Auskunft gegeben wird. Natürlich sind und werden unsere Einnahmen durch Mitgliederbeiträge in diesem Jahr und auch danach infolge eines empfindlichen Rückgangs des Mitgliederbestandes deutlich geringer. Größter Finanzposten sind die Portogebühren (Briefmarken und Kuverts) beim Postversand, da wir immer mehr Mitglieder nur auf dem Postweg mit Informationen erreichen können. Uns fehlen salopp gesagt Mitglieder, die unsere Informationen verteilen. Die verbliebenen Mitglieder aus den aufgelösten TIG Schönebeck und Wolmirstedt haben wir problemlos integriert. Jubilaren unserer TIG wird in persönlicher oder auch schriftlicher Form zu ihrem Ereignis gratuliert. Wir vergessen niemanden.

Quartalsweise führen wir Politrunden zu aktuellen Themen wie „Wollen die Russen Krieg“, Erwartungshaltung an die neue Bundesregierung, Sozialabbau in Deutschland und militärische Invasion der NATO in Syrien und im Irak. Der teilnehmende Kreis ist relativ klein, dafür sehr diskussionsfreudig.

Abschließend danken wir dem ISOR-Vorstand und seinen fleißigen Helfern. Die notwendige Unterstützung und Beratung haben wir stets erhalten. Wir bemühen uns weitgehend um selbständiges Handeln, um somit den Vorstand in Berlin zu entlasten und ISOR noch lange als unsere politische Heimat zu erhalten.

Reinhard Peter

*

Lieber Genosse Wild, in Deinem Oktober-Beitrag in **ISOR aktuell** analysierst Du gewohnt präzise am Beispiel Chemnitz die Lage in unserem Land und steckst den Finger in die uns alle schmerzende Wunde. Ich stimme mit Dir überein, dass wir „Aufstehen“ müssen, wenn wir „die Bundesbürger aus ihrem Wohlstandsschlaf“ wecken wollen. Dazu ist es notwendig, mit allen zusammenzugehen, die in einem oder mehreren Zielpunkten des Aufrufs gleiche An-

sichten haben. Dabei kommt es meiner Meinung nach nicht darauf an, wer der Hauptinitiator ist. Da ich im Auftrag des Vorstandes viel in Bündnisfragen unterwegs bin, weiß ich, wie schwierig das ist und wie viel Fingerspitzengefühl dazu gehört. Du schreibst über die Kirche. „Die Kirche“ gibt es nicht. Beide Hauptkirchen sind sehr differenziert zu sehen. In der Katholischen Kirche wirkt die Organisation „Pax Christi“, die z. B. eine eigene Unterschriftenaktion „Abrüsten statt Aufrüsten“ initiiert hat und gemeinsam mit den Initiatoren dieser Bewegung und dem DGB handelt. Bereits im Januar dieses Jahres haben sie in ihrer Zeitschrift „pax – Zeit“, die sich mit Friedensbildung beschäftigt (siehe auch www.paxchristi.de), zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen.

Ihre Haltung und ihre Handlungen stehen im krassen Widerspruch zum Katholischen Militärbischof, der meine Frage, wie sich das Grundgebot „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die er begleitet, verträgt, nicht beantwortet hatte.

Ähnlich ist die Situation in der Evangelisch-Lutherischen Kirche. Bei Gesprächen mit Christen auf dem Evangelischen Kirchentag im vergangenen Jahr in Berlin äußerten sich eine Reihe Teilnehmer empört über die Berufung eines hauptamtlichen Militärbischofs. Ich könnte weitere Beispiele nennen.

Wer es gesagt hat, weiß ich nicht mehr, aber es stimmt „Nicht an unseren Worten, sondern an unseren Taten sollt ihr uns messen“. Symptomatisch dafür war die Demonstration am 13.10.2018 in Berlin. Wir sind meiner Meinung nach gut beraten zu differenzieren, gemeinsame Nenner zu finden und zu handeln. Das ist Bündnisarbeit, und sie ist aus den von Dir genannten Gründen bitter nötig.

Unabhängig von Weltanschauung und Konfession müssen wir gemeinsam diesen Staat zwingen, die im Grundgesetz postulierten Forderungen in Realität umzusetzen. Ich will Dich nicht belehren, wenn aber andere als die „Cheflinken“ weitersehen, haben wir die Pflicht, mit ihnen gemeinsam zu handeln. Unser Weg ist lang und mühsam, gehen wir ihn an.

Mit sozialistischem Gruß

Hans-Joachim Friedrich

*

Aufstehen heißt für ISOR weitermachen! und sich durch eigene Aktivitäten einbringen und der sich entwickelnden sozialen Bewegung -Aufstehens anschließen.

Zur Veranstaltung der **TIG Marzahn** am 13.09.2018 wurde der Vorsitzende unseres Kampfbundes begrüßt.

Er löste damit ein Versprechen ein: er kommt in die TIG nach der erfolgten Mitgliederbefragung, egal was es für ein Ergebnis gibt. An diesem Tag boten 30 Mitglieder der TIG Marzahn darüber,

wie es weiter geht und wie wir auch in Zukunft die persönliche Verbindung zu unseren Mitgliedern sichern. Wie gestaltet sich die Vereinsarbeit und vor allem, wie organisieren wir den politischen Kampf als ISOR, auch in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Organisationen und Parteien.

Als Fortsetzung der bereits Ende letzten Jahres erfolgten Würdigung der Arbeit der Betreuer wurden verdienstvolle Mitglieder mit der Ehrenurkunde ausgezeichnet.

Darunter sind Mitglieder, die sich beim Erhalt von ISOR in Marzahn verdient gemacht haben und solche, die die Gründung der TIG Marzahn vollzogen haben und bis ins hohe Alter ihre Aufgaben vorbildlich erfüllen. Trotz Alters und damit verbundenen Krankheiten vollbringen diese Mitglieder seit Jahren vorbildliches. Marzahn rechnet seit Jahren 100 Prozent ab und erbrachte hohe Summen an Spendengeldern.

Es ist aber auch in Marzahn deutlich geworden - das brachte die Mitgliederbefragung zum Vorschein - die politische Arbeit muss geprüft und auf eine höhere Stufe gestellt werden.

ISOR ist dem primitiven Antikommunismus besonders ausgesetzt. Die Herrschenden der kapitalistischen BRD können es nicht hinnehmen, dass die Leistungen der bewaffneten Organe der DDR entscheidend dazu beitrugen, dass 40 Jahre Frieden in Europa herrschte.

Daran ändert auch die Hetze der Eppelmann, Jahn und des jetzt entlassenen Direktors des Gruselkabinetts nichts. Die den Mitarbeitern des MfS verordnete Rentenstrafe hat ihr Vorbild. Nur die Faschisten wendeten die Bestrafung anders Denkender über die Strafreute an.

Durch den Vorsitzenden wurde in überzeugender Art und Weise dargestellt: ISOR hat in der Vergangenheit ihre politische Verantwortung immer wahrgenommen. ISOR ist bereit, wenn auch zahlenmäßig geschwächt, sich in die soziale Auseinandersetzung einzubringen.

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten des OKV wurde erneut deutlich, dass ISOR nicht allein im Kampf um soziale Gerechtigkeit ist.

Durch die sogenannte Wiedervereinigung wurden viele – nahezu alle – DDR-Bürger über eine Enteignung bestraft. Es ist an der Zeit, dies stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen. Es ist deutlich zu machen, wer den friedlichen Charakter der Besetzung der DDR garantiert hat.

Aus dieser Sicht sind die politische Konzeption zu überdenken und die politische Arbeit ist zu verstärken.

ISOR muss sich auch an die bisher erfolgten politischen Aktionen erinnern und die dabei erreichten Ergebnisse real beurteilen. (Anträge, Schreiben an den Bundestag, Berufsverbote, Hetze der sog. Unterlagenbehörde u. a.)

»»» Fortsetzung auf Seite 8

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 6

Wir sollten uns nicht oberflächlich abheben, aber auch nicht zulassen, dass die erreichten Ergebnisse nicht zur Kenntnis genommen werden. Wir sollten den Ausgang der Befragung richtig und umfassend auswerten.

ISOR ist nur ein Teil der Gesellschaft, ISOR vertritt die Angehörigen der bewaffneten Organe, auch die ehemaligen Angehörigen, die 1990 noch keine Rentner waren. Die damals noch Jüngeren wurden auch verfolgt und fristlos entlassen, niedrig bezahlte Jobs sind heute niedrige Renten.

In der Diskussion wurde auch zur Struktur Stellung genommen. Ein Arbeitsmaterial für das Funktionieren der Arbeit in den Gruppen wurde an die Betreuer übergeben. Das ist aber nur der Anfang der Gestaltung der Arbeit. Insgesamt ist die Struktur neu zu gestalten und der Vorstand ist aufgefordert, auch in Berlin über Strukturbildungen nachzudenken.

Betrachten wir auch ernsthaft in dieser Verantwortung die leider negative Entwicklung in der TIG Hohenschönhausen. Es geht nicht um

Schuldzuweisung, es geht um Erschließung von Verantwortung. Auch in Marzahn waren die negativen Erscheinungen in der Mitgliederbefragung in der TIG Hohenschönhausen spürbar.

Mit großer Zuversicht wurde die Beratung abgeschlossen.

*

Liebe ISOR-Freunde, ich lese mit viel Aufmerksamkeit alle Beiträge in **ISOR Aktuell**, da ich hier viele Argumente für Beiträge in öffentlichen und privaten Gesprächsrunden finde.

In der Ausgabe September 2018, im Beitrag von Rudolf Höll, habe ich eine Meinungsäußerung gefunden die weder den Ideen von Karl-Marx noch einer humanen und sozialen „sozialistischen Gesellschaft“ entspricht.

Die geschichtliche Entwicklung Chinas seit der Existenz der „Mao-Fibel“ hat mit einer humanistischen und sozialen Gesellschaft, also mit den Ideen des Kommunismus, nichts gemein. Man findet unermesslichen Reichtum einer kleinen Schicht und bittere Armut einer großen Masse, ökologische Zerstörung von großen Flächen und vieles mehr. Zusammengehalten wird diese Gesellschaft durch die Diktatur einer Partei.

Mit freundlichen Grüßen **Lothar Hahn**

*

Neu auf unserer Interseite – www.isor-sozialverein.de:

Historisches:

K.-H. Schmalfuß: Anmerkungen zum Buch „Hüter der Ordnung“

Aktuelles:

Redebeiträge von der alternativen Einheitsfeier des OKV am 03.Okt. 2018

Aktuelle Beiträge zum Zeitgeschehen:

Bernd Biedermann: Klimaschutz oder Klimälüge ?

Ra. i. R. Dr. Heinz Günther: Gedanken zum Fortbestehen der deutschen Teilung und zu Problemen der Einheit

Lesenswert

Hüter der Ordnung

Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus

Wallstein-Verlag Göttingen 2018,
817 Seiten, Preis: 34,90 Euro
ISBN 978-3-8353-3206-5

Dem Buch liegt eine mehrjährige Forschungsarbeit des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des Zentrums für zeithistorische Forschung Potsdam zu Grunde. Auftraggeber war der Bundesminister des Innern Thomas de Maiziere. Die Vorstellung des Buches fand im BMI vor einem großen Personenkreis statt. An ihr nahmen auch ISOR-Mitglieder teil.

Das Buch beschreibt mit Akribie die Bildung und Entwicklung der beiden Innenministerien in Abhängigkeit von den politischen Gegebenheiten. Für den geschichtsbewussten Leser ist es sicher von großem Interesse.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 31.10.2018

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.11.2018

Einstellung im Internet: 07.12.2018

Auslieferung: 13.12.2018

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16